



Informationen zur Erteilung der Approbation/Berufserlaubnis für Zahnärztinnen/Zahnärzte mit einer in Drittstaaten abgeschlossenen zahnärztlichen Ausbildung

Eine zahnärztliche Tätigkeit darf in Deutschland nur ausgeübt werden, wenn Sie in Besitz einer gültigen Approbation oder Berufserlaubnis als Zahnärztin/Zahnarzt sind. Diese sind bei der zuständigen Behörde schriftlich von Ihnen zu beantragen.

ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE

ist – soweit Sie in Hessen als Zahnärztin/Zahnarzt arbeiten wollen – das

Hessische Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Walter-Möller-Platz 1, 60439 Frankfurt am Main - Fax: 069/1567-716 – www.hlpug.de



SPRECHZEITEN: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 9.00 - 12.00 Uhr

Ihr/e Sachbearbeiter/in sind:

Buchstabe A: Herr Betz, Mail: wolfgang.betz@hlpug.hessen.de, Tel.: 069/1567-701

Buchstaben B – G: Frau Schneider, Mail: sonja.schneider@hlpug.hessen.de, Tel.: 069/1567-703

Buchstaben H – K: Frau Bake, Mail: signe.bake@hlpug.hessen.de, Tel.: 069/1567-706

Buchstaben L – R: Frau Göckel, Mail: ann-kristin.goeckel@hlpug.hessen.de; Tel.: 069/1567-743

Buchstaben S – Z: Frau Kaiser, Mail: pia.kaiser@hlpug.hessen.de, Tel.: 069/1567-705

VORAUSSETZUNGEN zur ERTEILUNG einer APPROBATION gem. § 2 Abs. 3 Zahnheilkundegesetz (ZHG) und ERLAUBNIS gem. § 13 ZHG

Für die Anträge auf Erteilung der Approbation und Berufserlaubnis als Zahnärztin/Zahnarzt ist eine im Ausland vollständig abgeschlossene zahnärztliche Ausbildung nachzuweisen, die zu einer selbständigen zahnärztlichen Tätigkeit berechtigt.

Die Erteilung der Approbation setzt neben weiteren Voraussetzungen die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes voraus. Die Gleichwertigkeit kann im Rahmen einer Begutachtung der Ausbildungsunterlagen festgestellt werden, wenn keine wesentlichen Unterschiede (Ausbildungsdefizite) zur deutschen Ausbildung vorliegen.

Liegt jedoch ein oder liegen mehrere wesentliche Unterschiede vor oder können die Ausbildungsunterlagen nicht begutachtet werden, weil sie nicht geeignet sind oder haben Sie freiwillig auf eine Begutachtung verzichtet, erfolgt die Feststellung des gleichwertigen Ausbildungsstandes durch die Teilnahme an einer Prüfung Ihres zahnärztlichen Kenntnisstandes (Kenntnisprüfung). Sie kann zweimal wiederholt werden.

In der Übergangszeit kann bei Nachweis eines zahnärztlichen Arbeitgebers in Hessen eine auf maximal zwei Jahre zeitlich befristete Berufserlaubnis gem. § 13 ZHG erteilt werden, die eine zahnärztliche Tätigkeit unter ständiger Aufsicht und in ständiger Anwesenheit von approbierten Zahnärztinnen/Zahnärzten erlaubt. Zeiten einer Erlaubnis in anderen Bundesländern werden angerechnet und führen nicht zu einer Verlängerung in Hessen.



BITTE BEACHTEN:

Die Prüfung der Unterlagen in einem Gutachterverfahren ist nur möglich, wenn die **Originale der Ausbildungsunterlagen** mit einer **Haager Apostille** versehen oder von der **Deutschen Botschaft im Ausbildungsland legalisiert** sind (Bestätigung der Echtheit einer ausländischen öffentlichen Urkunde). Informationen hierzu finden Sie unter:

https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/reise-und-sicherheitshinweise/konsularinfo/internationaler-urkundenverkehr#content_1

Für die Ausübung des zahnärztlichen Berufs mit einer Approbation bzw. Berufserlaubnis sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen. Als Mindestvoraussetzung ist mit dem Antrag ein **Sprachzertifikat GER-B2** des **Goethe-Instituts** oder der **telc GmbH** vorzulegen. Für die Erteilung der Approbation bei einem gleichwertigen Gutachten oder für die Zulassung zur Teilnahme an der Kenntnisprüfung muss zusätzlich ein **Fachsprachenzertifikat C1 Zahnmedizin** vorliegen. Die aktuellen Anbieter der Fachsprachprüfung, die in Hessen berücksichtigt werden, finden Sie auf der Homepage: www.hlpuug.de > Zahnmedizin > Berufsausübung.

KOSTEN des VERFAHRENS

Die Bearbeitung Ihres Antrages auf Erteilung der Approbation ist gebührenpflichtig und kostet bis zu 500 Euro. Die Gebühren richten sich nach dem Aufwand der Bearbeitung und können in Teilbeträgen erhoben werden.

Zusätzlich zu bezahlen sind Auslagen (z.B. Postgebühren, Fotokopien) sowie die Kosten für das Gutachten und/oder die Teilnahme an der Kenntnisprüfung.

Die Erteilung einer vorübergehenden Berufserlaubnis für maximal zwei Jahre ist ein gesondertes, zusätzliches Verfahren und kostet derzeit etwa 160 Euro zuzüglich Auslagen (z.B. Postgebühren).

ANTRAGSTELLUNG und einzureichende UNTERLAGEN

Die Entscheidung über die Erteilung der Approbation und einer vorübergehenden Berufserlaubnis sind nur auf Antrag möglich. Diese sind schriftlich zu stellen und eigenhändig zu unterschreiben. Bitte verwenden Sie dazu meinen Antragsvordruck. Eine Antragstellung mit Email ist nicht möglich.

Legen Sie bitte **ALLE FACHLICHEN NACHWEISE** im **Original** mit **einfacher Kopie** und im **Original** einer **deutschen Übersetzung** mit **einfacher Kopie** vor (englischsprachige Dokumente müssen nicht übersetzt werden).

Die Übersetzungen müssen in Deutschland von einem amtlich bestellten Übersetzer angefertigt worden sein (www.justiz-dolmetscher.de), Übersetzungen aus dem Ausland werden nicht berücksichtigt.

Für die Anträge auf Approbation und Berufserlaubnis sind immer erforderlich:

- Diplom als Zahnärztin/Zahnarzt
- Fächerliste mit Angabe der Einzelnoten
- Ggf. Nachweis, der den vollständigen Abschluss der Ausbildung belegt (Internatur, Ordinator, Fachpraktische Ausbildung)
- Ggf. Lizenz, Registrierung – sofern das im Ausbildungsland erforderlich ist

Soll ein Gutachten durchgeführt werden auch folgende Nachweise:

- Stundentafel mit Aufteilung in Theorie- und Praxisstunden
- ein personalisierter Ausbildungsplan/Curriculum aus Ihrem Studienzeitraum zu den Studieninhalten im Grundstudium/ggf. Fachzahnarztausbildung
- (Arbeits-)Zeugnisse über bisherige zahnärztliche Tätigkeiten
- Nachweise über Fortbildungen, etc.

Wurde bereits ein Approbationsverfahren in einem anderen Bundesland durchgeführt, sind zusätzlich folgende Unterlagen in Kopie vorzulegen:

- Feststellungsbescheid über die Bewertung Ihrer Ausbildungsunterlagen
- Protokoll(e) der durchgeführten Kenntnisprüfungen
- Berufserlaubnis

Bitte legen Sie auch folgende Unterlagen im **Original** mit **einfacher Kopie** und im **Original der amtlichen deutschen Übersetzung** mit **einfacher Kopie** vor:

- Geburtsurkunde
- Heiratsurkunde/Namensänderungsurkunde, sofern sich Ihr Name geändert hat
- Certificate of good standing – berufsrechtliches Führungszeugnis von der Zahnärztekammer oder der Gesundheitsbehörde im Ausbildungsland
- Polizeiliches Führungszeugnis/Strafregisterauszug/criminal record aus dem Land Ihres letzten gewöhnlichen Aufenthaltes/Ausbildungsland

Soweit Sie sich schon mindestens drei Monate in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, beantragen Sie bitte zusätzlich ein **Führungszeugnis für Behörden** bei Ihrem Bürgerbüro/Meldeamt am Wohnort unter Angabe der Anschrift des *Hessischen Landesprüfungs- und Untersuchungsamtes im Gesundheitswesen, dem Namen Ihrer/s Sachbearbeiter/in sowie der Kennziffer M7105* als Zieladresse.

Sollten Sie neben oder anstatt der Drittstaatsangehörigkeit Staatsangehöriger eines anderen EU-Landes als Deutschland sein, beantragen Sie bitte ein Europäisches Führungszeugnis.

Diese Unterlagen sind nur im **Original** erforderlich:

- Aktueller tabellarischer Lebenslauf, vollständig ab der ersten Schule bis heute mit Angabe Monat/Jahr und dem Aufenthaltsort, persönlich unterschrieben mit Datum
- Ärztliche Bescheinigung (Anlage 3 zum Antragsvordruck). Die Untersuchung ist von einem/r niedergelassenen (Allgemein-)Ärztin/Arzt in Deutschland vorzunehmen

Folgende Unterlagen sind im **Original** mit **einfacher Kopie** oder als **amtlich beglaubigte Kopie vorzulegen**:

- **Sprach-Zertifikat GER-B2** des Goethe-Instituts oder der telc GmbH, und sofern bereits vorhanden, das **Fachsprachenzertifikat C1 Zahnmedizin**
- 1. Seite des Reisepasses oder Flüchtlingsausweises mit persönlichen Angaben und aktueller Aufenthaltstitel

WAS SIE NOCH WISSEN SOLLTEN

Für die Beschäftigung in einer Zahnarztpraxis als Assistent/in im Qualifizierungsjahr mit einer Berufserlaubnis nach § 13 ZHG benötigt Ihr zukünftiger Arbeitgeber die Genehmigung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen (KZVH).

Die KZVH bietet einen Vordruck für den Arbeitsvertrag als Assistent/in im Qualifizierungsjahr an, bitte informieren Sie hierüber Ihren zukünftigen zahnärztlichen Arbeitgeber.

Fragen zur Weiterbildung bzw. Anerkennung als Fachzahnärztin/Fachzahnarzt in Hessen beantwortet Ihnen die

Landeszahnärztekammer Hessen
Rhonestraße 4
60528 Frankfurt am Main